

Uwe Doering, MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer,

Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

fon: 030 23 25 -25 09 fax: -25 15

doering@linksfraktion-berlin.de



Inhalt:

1. Die „Modrow-Grundstücke“ im Abgeordnetenhaus (s. 1)
2. Redeauszug zur Gewerbesiedlungs-Gesellschaft (GSG) (s. 1-2)
3. Redeauszug zum befürchteten Stellenabbau bei Schering (s. 2)
4. Uwe Doering persönlich - Sprechstunden (s. 2)

Die „Modrow-Grundstücke“ im Abgeordnetenhaus

Das so genannte „Modrow-Gesetz“ vom März 1990 beschäftigt in diesen Tagen wieder das Abgeordnetenhaus von Berlin. Zu jener Zeit beschloss die letzte Volkskammer der DDR, dass Besitzer von Häusern auf ehemals volkseigenen Grundstücken diesen Grund und Boden zu günstigen Konditionen erwerben können. Konkret wurden damals im Land Berlin über 7 000 Anträge dazu gestellt. 225 von ihnen wurden bis heute nicht bearbeitet. Die Grundstücke sind noch nicht nachbeurkundet.

In der gegenwärtigen Diskussion geht es darum, ob diese Nachbeurkundungen jetzt noch zu den ursprünglichen „Modrow-Bedingungen“ – etwa 75 Cent pro Quadratmeter – wieder aufgenommen oder endgültig gestoppt werden sollten und könnten. Im Falle des endgültigen Stopps wäre die Alternative ein Kauf zu zwar deutlich teureren Preisen, aber immer noch günstigen Bedingungen nach Sachenrechtsbereinigungsgesetz (halber Verkehrswert).

Die Fraktionen der Linkspartei und der SPD forderten jetzt den Senat dazu auf, bis zum 30. Juni 2007 Auskunft darüber zu erteilen, wie er vor dem Hintergrund der Rechtslage und der Sachlage in anderen Bundesländern mit diesen noch offenen Fällen umzugehen gedenkt. Ferner stellten alle Fraktionen einen Antrag, nach dem keine Verkaufsverfahren einzuleiten sind bzw. Verfahren so lange auszusetzen sind, bis das Abgeordnetenhaus von Berlin über den vorzulegenden

Senatsbericht und die weitere Verfahrensweise abschließend beraten und beschlossen hat. Hierbei geht es zunächst einfach darum, keine – für einzelne nachteilige – vollendeten Tatsachen zu schaffen, ehe endgültige Rechtsklarheit besteht.

Für mich ist in dieser Auseinandersetzung das Hauptziel, dass keiner der 225 Antragssteller im Nachhinein von seinem Grundstück vertrieben wird. Sozial gerecht kann dieses meiner Ansicht nach über Einzelfallregelungen erreicht werden.

Redeauszug zur Gewerbesiedlungs-Gesellschaft (GSG)

Am 22. Januar 2007 hielt ich eine Rede zu den Perspektiven der Gewerbesiedlungs-Gesellschaft (GSG). Hier ein zusammenfassender Auszug daraus:

„Wenn man über die GSG sprechen möchte, muss man auch über die Investitionsbank Berlin (IBB) reden. [...] Die IBB soll als Dienstleister der Berliner Wirtschaft hin zu einer Struktur- und Förderbank weiterentwickelt werden. Nur, was folgt aus dieser Feststellung?

Die GSG soll aus der IBB herausgelöst werden, weil die Beteiligung an der GSG das Eigenkapital der IBB bindet. Die IBB ist zur Erfüllung ihrer Aufgaben und zur Erbringung von Förderleistungen ab dem Jahr 2008 verstärkt auf das Eigenkapital angewiesen. Aus dieser Erkenntnis heraus ergeben sich zwei Möglichkeiten: Entweder übernimmt das

Land Berlin die GSG als landeseigenes Unternehmen, oder die IBB wird beauftragt, ein Verkaufsverfahren für die GSG einzuleiten bzw. abzuschließen.

Man kann die Frage stellen, ob die GSG als Instrument der öffentlichen Wirtschaftsförderung die Funktion einer öffentlichen Daseinsvorsorge hat, oder ob auch ein privater Anbieter zukünftig das Angebot an preisgünstigen Gewerbeflächen für kleine und mittlere Unternehmen aufrechterhalten kann. Weil sich die Frage so stellt, hat die Koalition in der Koalitionsvereinbarung einen Prüfauftrag formuliert. Der Verkauf der GSG soll unter finanzpolitischen Gesichtspunkten geprüft werden. Wohin sollen die Erlöse aus einer Veräußerung der GSG fließen? [...] Wenn die IBB zu einer Förder- und Strukturbank weiterentwickelt werden soll, muss meiner Ansicht nach ein Teil des Erlöses aus dem Verkauf in die IBB zur weiteren Stärkung der Eigenkapitaldecke aufgebracht werden. Für meine Fraktion habe ich im Wirtschaftsausschuss und auch bei den Betriebsversammlungen der GSG deutlich gemacht, dass wir unsere Zustimmung zum Verkauf der GSG von mehreren Punkten abhängig machen.

Erstens: Wir wollen, dass es für die rund 100 Beschäftigten bei der GSG eine Beschäftigungsgarantie gibt. Drei Jahre Beschäftigungsgarantie und der Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen sind deutlich mehr als bei einem Betriebsübergang nach Gesetz üblich.

1/2

Dass es diese Option bei der Veräußerung an die Orco-Gruppe gibt, konnten wir in den Medien nachlesen, und das wurde vom Wirtschaftsminister Wolf in der Wirtschaftsausschusssitzung im Dezember 2006 bestätigt.

Zweitens: Uns ist auch wichtig, dass die Mieter, die kleinen Unternehmen und Gewerbetreibenden, durch langfristige Verträge abgesichert werden. Immerhin befinden sich zurzeit 1 200 kleine und mittelständische Unternehmen mit rund 12 000 Beschäftigten bei der GSG. Auch hier soll der Investor Zusicherungen gemacht haben. Es sollen Mietverträge angeboten werden, die über die üblichen Fristen für Gewerbemieten hinausgehen.

Drittens: Viele Gewerbehöfe der GSG sind in der Innenstadt angesiedelt. Diese Höfe liegen gerade dort, wo wir heute soziale Probleme wie hohe Arbeitslosigkeit haben: in Kreuzberg, Nordneukölln, Tiergarten und Wedding. Diese Gewerbehöfe haben eine besondere Rolle, wenn es darum geht, die soziale Lage in diesen Gebieten zu stabilisieren, das heißt, es ist wichtig, dass hier auch zukünftig Gewerbe angesiedelt bleibt.

Es wird also deutlich: Die GSG ist nicht nur Instrument der Wirtschaftsförderung, sondern auch ein Instrument der sozialen Stadtentwicklung. Die Frage ist für uns, ob dies auch nach der Veräußerung an einen Investor der Orco-Gruppe so bleiben wird. Staatssekretär Strauch hat am Montag auf Anfrage im Wirtschaftsausschuss bestätigt, dass der Verkauf der GSG noch in diesem Monat zustande kommt. Aber die Frage ist: Wie soll das gehen? Der Verkauf setzt nach Beschluss im Senat die entsprechende Beratung und Beschlussfassung im Abgeordnetenhaus voraus. In den bisherigen Wortbeiträgen wurde deutlich, dass die Fraktionen hier noch einen Beratungsbedarf haben.“

Redeauszug zum befürchteten Stellenabbau bei Schering

Eine weitere Rede hielt ich zum Thema des Stellenabbaus bei Schering. Hier auch dazu eine Zusammenfassung:

„Anfang dieser Woche wurde Berlin von der Nachricht überrascht, dass im Berliner Schering Werk über 1 000 Arbeitsplätze bedroht sind: „Mitarbeiter bangen um Arbeitsplätze“, „Zittern bei Schering“, „Die große Angst bei Schering“, „Bayers bittere Pillen“, „Raubritter aus Leverkusen“. Diese Zeitungsüberschriften brachten die Stimmung bei Schering und in der Stadt auf den Punkt.

Es ist noch gar nicht so lange her, da kündigte das Merck-Unternehmen am 13. März 2006 die beabsichtigte feindliche Übernahme von Schering an. Diese Ankündigung stieß in der Berliner Öffentlichkeit auf scharfen Protest. Am 23. März 2006 kam dann der Bayer-Konzern wie ein weißer Ritter mit dem Angebot, für 17 Milliarden € Schering zu übernehmen. Merck wurde aus dem Bieterrennen gedrängt, und der Bayer-Konzern wurde für diese Tat von allen Beteiligten gelobt, schien doch mit Bayer der Wedding Standort gesichert. Der damals bei der Übernahme bereits angekündigte Abbau von 500 Stellen erschien moderat und wurde als sozialverträglich machbar dargestellt.

Bereits während der Übernahmeverhandlung hatte Bayer-Chef Werner Wenning im März 2006 angekündigt, dass 6 000 Stellen im Konzern abgebaut werden sollen. Bei der Standortaufteilung des Stellenabbaus ging man damals aber davon aus, dass Berlin in geringem Umfang betroffen sein würde. Mit der Übernahme von Schering durch den Bayer-Konzern wurde bereits im Frühjahr 2006 deutlich, dass es erstens um die Übernahme eines Konkurrenten ging und zweitens Rationalisierungseffekte durch die Übernahme entstehen, die einen Stellenabbau zur Folge haben. [...]

In seinem Brief an die Aktionäre des Bayer-Konzerns zum Abschluss des dritten Quartals 2006 stellt der Konzernvorstand fest: Umsatz und Ergebnis wurden erfreulicherweise gesteigert. Der Umsatz sei um 26 % gestiegen und betrage im vierten Quartal nun 7,8 Milliarden €. Darin enthalten ist der Anteil von Schering in Höhe von 1,4 Milliarden €. Der Quartalsgewinn nach Steuern betrage 320 Millionen €. Die

Integration von Schering kommt gut voran. Bayer allein schüttete übrigens 2005 knapp 7 Millionen € Dividende an seine Aktionäre aus. Hier geht es also nicht um ein notleidendes Unternehmen, das zudem durch den rot-roten Senat, Steuerabgaben und Bürokratie gegängelt oder drangsaliert wird. Der Vorstand – so der Brief an die Bayer-Aktionäre – habe ein Konsolidierungskonzept für rund 70 Standorte für Bayer Schering Pharma beschlossen. Das Synergieziel von jährlichen Einsparungen in Höhe von 700 Millionen € werde laut Planung spätestens ab 2009 im vollen Umfang realisiert.

Mit dem Aktionärsbrief wird deutlich: Hier wird wieder einmal ein Unternehmen aus Gründen der Profitmaximierung einen rigorosen Stellenabbau durchführen. Das ist Profitmaximierung auf Kosten der Belegschaft. Deshalb haben die Beschäftigten bei Schering unsere volle Solidarität, denn sie haben durch ihre Leistung und ihr Engagement dafür gesorgt, dass Schering bisher einen guten Ruf hatte und eines der Vorzeigeunternehmen dieser Stadt gewesen ist.“

Uwe Doering persönlich - Sprechstunden

In der nächsten Zeit biete ich zwei Bürgersprechstunden an. Gemeinsam können wir dort über Hoffnungen, Probleme und Chancen reden. Ich hoffe zudem auf ihre Anregungen und Kritiken.

Sie können mich gerne besuchen kommen...

... am Donnerstag, den 29.03.07, von 17 bis 19 Uhr im Bürgerzentrum Altglienicke in der Ortolfstraße,

oder

... am Donnerstag, den 19.04.07, von 18 bis 19 Uhr im Kulturzentrum Adlershof in der Dörpfeldstraße.